

## THEMA DER WOCHE

25. Bundeskongress des Deutschen Verbands der Leitungskräfte der Alten- und Behindertenhilfe (DVLAB) in Berlin

# Zeit für den großen Wurf

Mehr Personal, eine umfassende Finanzreform und die Auflösung der Sektorengrenzen: Auf dem 25. DVLAB-Bundeskongress in Berlin wurde deutlich, dass jetzt nur große Schritte aus der Not in der Altenhilfe helfen.

Von Steve Schrader und  
Susanne El-Nawab

**Berlin //** Peter Dürrmann fand gleich zu Beginn deutliche Worte. „Die Altenhilfe hat große Not, und eine rasche Linderung ist nicht in Sicht“, sagte der DVLAB-Vorsitzende in seiner Eröffnungsrede. Hauptproblem sei nach wie vor der große Personalmangel. „Aktuell beziehen rund 3,7 Millionen Menschen Leistungen der Pflegeversicherung, im nächsten Jahr erwarten wir vier Millionen und 2040 werden es 5,2 Millionen sein. Wer soll die elementare Daseinsfürsorge für diese Menschen eigentlich leisten?“, fragt Dürrmann ins Publikum. Die Ergebnisse der Konzertierten Aktion Pflege würden jedenfalls kaum dazu beitragen, die Altenhilfe aus der Misere befreien zu können.

Doch die Zeit drängt. „Die Altenhilfe muss dem Arbeitsmarkt jetzt eindeutig signalisieren, dass sich die Arbeitsbedingungen bei ihr rasch verbessern“, so Dürrmann. „Und da haben wir keine Zeit mehr, um auf die Einführung des neuen Personalbemessungssystems zu warten.“ Stattdessen sei ein „Ruck durch die Gesellschaft für die Altenhilfe“ erforderlich. Sein Vorschlag dazu lautet: „Pflegeheime sollten schnellstmöglich ihre Personalmenge für die Pflegegrade 3 bis 5 auf bis zu 1:1,5 aufstocken können. Und zwar nach eigenem fachlichen Ermessen der Bedarfe, ohne Anrechnung auf die Fachkraftquote und direkt finanziert über die Pflegekasse“. Hierdurch würden auch die Eigenanteile nicht steigen.

Letztere sind auch Bernhard Schneider, Hauptgeschäftsführer der evangelischen Heimstiftung, ein

Dorn im Auge. Bundesweit läge der Eigenanteil bereits jetzt bei knapp 2 000 Euro – Tendenz steigend. „Die Fahnenstange ist erreicht“, machte er klar und bekräftigte seine Forderung nach einem Sockel-Spitze-Tausch in der Pflegeversicherung. In diesem Modell würde die Pflegekasse die Pflegekosten vollständig tragen und dem Versicherten einen fixen, begrenzten Eigenanteil berechnen. Laut eines aktuellen Gutachtens des Bremer Gesundheitsökonoms Prof. Heinz Rothgang könnte dieser Sockelbeitrag bei 471 Euro liegen. Der Vorteil: Preissteigerung etwa durch mehr Personal oder bessere Bezahlung würde nicht mehr der Bewohner tragen. Schneider: „Wir kommen so von einem Preiswettbewerb zu einem echten Qualitätswettbewerb.“

Ob diese Reformvorschläge politisches Gehör finden werden, ist unklar. Sicher ist aber, dass die Politik bis Sommer 2020 ein eigenes Finanzkonzept vorlegen wird. Ziel sei es, die weiter steigenden Eigenanteile zu begrenzen. „Eine bessere Finanzierung soll nicht mehr auf den Rücken der Pflegebedürftigen ausgetragen werden, sondern von der Pflege- und Krankenversicherung bezahlt werden“, kündigte Sabine Weiss, Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium an. Dass die Pflege künftig teurer wird, davon ist Weiss überzeugt. „Wir brauchen deutlich mehr Personal – Fachkräfte, aber insbesondere auch Hilfskräfte“, macht sie mit Blick auf die – noch unter Verschluss gehaltenen – Ergebnisse zum neuen Personalbemessungsverfahren deutlich. Dies hätte dann auch das Ende der 50-prozentigen Fachkraftquote zur Folge. Weiss: „Die starre Fach-



**Wollen die Diskussion fortsetzen: Erwin Rüdell (CDU/CSU), Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, Peter Dürrmann, Bundesgeschäftsführer des DVLAB, Kordula Schulz-Asche, pflegepolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen und Bernhard Schneider, Sprecher der Initiative ProPflegereform (v.l.n.r.).**

Foto: Susanne El-Nawab

kraftquote ergibt dann keinen Sinn mehr, wir brauchen einen intelligenten Personalmix.“

### Lust auf grüne Wiese

Wie prekär die Situation derzeit ist, beschrieb Dürrmann in der anschließenden Podiumsdiskussion: „Das System erodiert. Wir alle beschäftigen uns gerade ganz konkret damit, ob es möglich ist, an Weihnachten die Dienstpläne besetzen zu können.“

„Uns fehlt der Mut, nach 25 Jahren Pflegeversicherung eine neue Vision zu entwickeln. Die Pflege ist eine Dauerbaustelle“, so Bernhard Schneider, der auch Sprecher der Initiative ProPflegereform ist. „Ich hätte Lust, grüne Wiese zu machen“, sagte Erwin Rüdell, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, CDU/CSU-Fraktion. Rüdell meinte, die Bundesregierung habe Fehlanreize für die Tagespflege

entwickelt. „Ich hatte mich dafür eingesetzt, die Tagespflege zu fördern, aber das Geld ist nicht in den Familien angekommen, sondern in Stapellösungen von Trägern.“ Daher müsse man sich Gedanken machen, ob ambulant vor stationär immer richtig sei, er sehe darin den Grund vielen Übels: „Ich möchte differenzieren, ob der Pflegebedürftige in der Familie bleibt, weil er es wünscht, oder weil er sich das Heim nicht leisten kann. Das Heim muss preiswerter werden“, so Rüdell. Kritisch betrachtet Rüdell den Sockel-Spitze-Tausch. „Der kostet 14 bis 16 Milliarden Euro. Außerdem werde der Sockel-Spitze-Tausch z. B. in Bayern oder Baden-Württemberg zwar eine deutliche Entlastung bringen, in anderen Bundesländern, insbesondere in den ostdeutschen Ländern aber nicht. „Ich plädiere dafür, über ein Zuschussmodell nachzudenken, bis wir die Verhältnisse in den Bundesländern angeglichen haben.“

Rüdell berichtet, mit Verweis auf den Pflegereformentwurf des BMGs, der im Sommer 2020 vorliegen soll, dass man auch die 50-Prozent-Fachkraftquote hinterfragen müsse. Und warf der Branche vor, die Finanzierung der 13 000 Stellen nicht zu nutzen: „Es liegt nicht an der Kompliziertheit des Antrags, sondern daran, dass die Einrichtungen die Transparenz scheuen und keine Pflegekräfte finden.“ Unruhe und Unmut im Publikum. „Wir brauchen ein Signal an die Menschen“, so Dürrmann, an die Pflegekräfte, dass es sich lohnt, in der Altenpflege zu arbeiten, zu bleiben und zurückzukehren. Bernhard Schneiders Schlusswort unterstrich die Rolle der Führungskräfte für den Imagewandel der Pflege: „Ich wünsche mir, dass wir natürlich über das Geld reden – aber nicht nur. Wir sind Teil einer großen Sache. Für uns Leitungskräfte ist es wichtig, unseren Mitarbeitern auch das Gefühl zu geben, dass sie für eine große Sache arbeiten!“

Immerhin: Erwin Rüdell sieht den Sockel-Spitze-Tausch als mögliches Fernziel. Irgendwann. Vielleicht in zehn Jahren. Da aber jetzt gehandelt werden müsse, hat er versprochen, sich weiter über das Konzept der Initiative ProPflegereform auszutauschen. Staatssekretärin Sabine Weiss hatte ohnehin eine Einladung ins BMG ausgesprochen. Mit an Bord ist auch Kordula Schulz-Asche, pflegepolitische Sprecherin der Grünen: „Der Sockel-Spitze-Tausch ist ein guter Vorschlag, über den man diskutieren kann. Das muss aber jetzt passieren!“ Sie verwies auf den Antrag, den die Grünen kürzlich in den Bundestag eingebracht haben, der auf dem Modell vom Sockel-Spitze-Tausch aufbaue: „Doppelte Pflegegarantie“ (siehe hierzu auch CAREkonkret Nr. 39/2019). Schneider betonte, dass eine Reform nur funktionieren könne, wenn die Sektorengrenzen abgeschafft werden und man nicht mehr starr zwischen ambulant und stationär unterscheide.

[dvlab.de](http://dvlab.de)  
[pro-pflegereform.de](http://pro-pflegereform.de)

## SITUATION DER PFLEGE: „DER BAUM BRENNT“

Von Heike Wehrbein

Der Pflegenotstand ist Realität, analysiert Prof. Dr. Heinz Rothgang von der Universität Bremen. Um gegenzusteuern, müsse die Attraktivität des Berufs gesteigert werden, ab sofort. „Wie schlimm ist es wirklich?“ – So hieß der Vortrag von Rothgang auf dem DVLAB-Bundeskongress zur Situation der Pflege. Die Frage war schnell beantwortet. „Wenn Herr Dürrmann sagt, dass der Baum brennt, ist das nicht übertrieben – es ist Realität“, so Rothgang. Bereits heute herrsche Pflegenotstand.

Seine Zahlen stützen diesen Befund: 31 000 Stellen waren 2017 im Jahresdurchschnitt unbesetzt. Auf jeden Arbeitssuchenden kamen fünf offene Stellen. Pflegeheime führen wieder Wartelisten, ambulante Pflegedienste weisen Pflegebedürftige ab – aufgrund von Personalmangel.

Um die heutige Betreuungsrelation zu erhalten, muss sich nach Rothgangs Prognose angesichts des steigenden Pflegebedarfs die Anzahl des Personals bis 2060 verdoppeln. Diese Hausnummer sieht er für das benötigte Plus an Beschäftigten in der Altenpflege. „Das Ziel von zusätzlich zehn Prozent, wie in der Konzertierten Aktion Pflege vereinbart, ist nicht ambitioniert. Es ist zu wenig“, kritisierte er.

Und was ist dagegen zu tun? „Der Königsweg zum Bekämpfen des Pflegenotstands ist das Verbessern der formalen Pflege“, so Rothgang. Die zentrale Stellschraube seien die Arbeitsbedingungen. Pflegenden beschreiben

diese als unzureichend. So fühlen sich 76 Prozent gehetzt. In anderen Branchen geben nur 55 Prozent der Beschäftigten an, unter Zeitdruck zu stehen. Hinzu kommt die geringe Entlohnung für Altenpflegekräfte. Insbesondere für die Anwerbung ist das Gehalt ein zentraler Faktor. Während Fachkräfte in der Krankenpflege überdurchschnittlich verdienen, werden Beschäftigte in der Altenpflege unterdurchschnittlich entlohnt, sowohl Fachkräfte als auch Assistenzkräfte. Der Abstand zwischen Kranken- und Altenpflege beträgt laut einer Studie durchschnittlich 500 bis 600 Euro im Monat.

„Wenn die generalistisch ausgebildeten Berufsanfänger auf den Markt kommen, muss die Lohnlücke geschlossen sein“, warnte der Pflegewissenschaftler. Und weiter: „Deshalb müssen mehr Stellen geschaffen werden – auch wenn wir sie jetzt noch nicht besetzen können. Wir brauchen das kraftvolle Signal.“

Damit war sein Vortrag beim großen Thema Personalbemessung angekommen – und bei dem wissenschaftlich fundierten Verfahren dazu, das er bis Ende Juni 2020 entwickeln soll. „Da haben wir leider Schweigepflicht“, bemerkte er bereits eingangs. Um später doch ein paar Hinweise zu geben, zumindest zum Status des Projekts. Nach einer anstehende Beratung im Januar sei das Instrument eigentlich vorhanden. „Für die Umsetzung brauchen wir Jahre. Aber wir müssen die ersten Schritte sofort ausführen“, forderte Rothgang. „Die Umstellung muss als Prozess gedacht werden – mit sofortigem Beginn, aber mit Ende in der Zukunft.“